

## Jetzt gegen Rechte aktiv werden!

### Adressat\_innen:

- Ministerpräsidentin des Landes Rheinland - Pfalz
- Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
- Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen
- Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz

Die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Rheinland-Pfalz sind entsetzt über den hohen Zuspruch für rechtspopulistische, demokratie- und menschenfeindliche Positionen, die sich im Wahlergebnis der Landtagswahl am 13. März 2016 widerspiegeln. Wir bewerten diese Ergebnisse als ernstzunehmende Warnung an die demokratischen Parteien und an die Zivilgesellschaft.

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz tritt seit seiner Gründung konsequent gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sowie für eine demokratische, solidarische und friedliche Gesellschaft ein. Nationalistisches und rassistisches Gedankengut steht unseren Bemühungen um eine Gesellschaft, in der sich jeder und jede frei entfalten kann und die gleichen sozialen und politischen Rechte genießt, völlig entgegen.

Bereits 1960 hat sich der Landesjugendring Rheinland-Pfalz bei einer Tagung zum Thema „Rechtsextremismus“ anhand eines Vortrages von Fritz Bauer mit der Frage nach den Wurzeln nationalsozialistischen und faschistischen Handelns auseinandergesetzt. Die heutige Enttabuisierung menschenverachtender Einstellungen – also der Abwertung bestimmter Gruppen von Menschen gegenüber anderen – führt nicht nur zu besorgniserregenden Wahlergebnissen. In Zeiten brennender Flüchtlingsunterkünfte und rasant steigender Fälle rechtmotivierter Straftaten auch in Rheinland-Pfalz stellt sich die Frage nach den Wurzeln dieser Einstellungen und Handlungen ebenso aktuell wie die Frage nach den Schlussfolgerungen für Politik und Zivilgesellschaft.

Die Beteiligung junger Menschen auf allen Ebenen ist Grundlage und Ausgangspunkt für selbstbestimmtes Handeln. Dabei spielen werteorientierte Bildungsarbeit und das Einüben und das Erleben demokratischer Strukturen, wie es in der täglichen Arbeit der Jugendverbände geschieht, eine entscheidende Rolle.

In der aktiven Arbeit gegen Rechts ist es jedoch mit dem Eintreten für demokratische Werte und gegen jede Form der Diskriminierung alleine nicht getan. Viele Akteure, die sich in diesem Feld seit Jahren engagieren, leiden unter einer strukturellen Unterfinanzierung auf allen Ebenen. Das Wahlergebnis macht klar, dass es ein entschlossenes Auftreten der Politik und gut vernetzte, mit ausreichend Mitteln ausgestattete Akteure der Zivilgesellschaft braucht, um dem Rechtsruck in der Bevölkerung wirksam entgegenzutreten zu können.

### Wir fordern die Landesregierung auf:

- die Förderung von Projekten und Akteuren im Kampf gegen Rechts, wie z.B. des Netzwerks für Demokratie und Courage, des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus inklusive der Beratungsknoten jetzt deutlich auszubauen, um den aktuellen Herausforderungen gerecht werden zu können.

- die Strukturförderung der Jugendverbände und des Landesjugendringes so zu erhöhen, dass sie ihre wichtige Aufgabe als Orte der demokratischen Bildung und Begegnung weiterhin gut erfüllen können. Dies gilt insbesondere in Anbetracht des gesellschaftlichen Auftrags der Integration der zu uns geflüchteten jungen Menschen einerseits und der Arbeit gegen menschenverachtende Einstellungen andererseits.
- einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu erstellen. Dieser Landesaktionsplan soll die Grundlage für ein Landeskonzept gegen Rechts darstellen, in dem die bereits vorhandenen Aktivitäten des Landes zusammengeführt werden. Eine solche Gesamtstrategie muss alle beteiligten Akteure umfassen und einbeziehen sowie mit ausreichend Mitteln ausgestattet sein, um dem Rechtsruck in der Gesellschaft entschieden und umfassend entgegenzutreten zu können. Sie muss auf kontinuierliche Prävention und Aufklärung setzen.

Wir fordern die rheinland-pfälzischen Politikerinnen und Politiker auf, in der politischen Debatte und gesellschaftlichen Diskussion allen Formen von Rassismus, Nationalismus und Rechtspopulismus entschieden entgegen zu treten, sich auf die verfassungsmäßigen Grundrechte zu besinnen, sich für Demokratie und die freiheitlich demokratische Grundordnung stark zu machen und damit für Integration und Menschenfreundlichkeit einzustehen.

*Einstimmig beschlossen durch die 109. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 16.04.2016 in Bad Dürkheim.*